



# liberal central

mitgliederzeitschrift des fdp-bezirksverbandes berlin-mitte  
ausgabe dezember 2010

**Herausgeber, V.i.S.d.P**

Dr. Maren Jasper-Winter  
FDP-Bezirksverband Berlin-Mitte  
Schlegelstr. 24  
10115 Berlin  
liberalcentral@fdp-mitte.de

**Distribution**

700 Stück digital  
200 Stück Print

**Chefredakteur**

Nils Augustin  
augustin@liberal-central.de

**Redakteure/Autoren**

Nils Augustin, Claudia Bandow,  
Anno Blissenbach, Ralf Breitgoff,  
Ingo Kamps, Kurt M. Lehner,  
Justus Leonhardt, Katja v. Maur,  
Peter Pawlowski, Henner Schmidt,  
Tim Stuchtey

**Autoren dieser Ausgabe**

Doris Buchholz, Jörg Kleis, Jenny  
Langner, Erwin Loßmann, Frauke  
Sander, Erich Schmid

**Leserbriefe**

Alina Kazemzadeh

**FDP Berlin-Mitte im Internet**

[www.fdp-mitte.de](http://www.fdp-mitte.de)  
[www.fdp-fraktion-mitte.de](http://www.fdp-fraktion-mitte.de)  
[www.liberal-central.de](http://www.liberal-central.de)  
[www.fdp-gendarmenmarkt.de](http://www.fdp-gendarmenmarkt.de)  
[www.fdp-hackescher-markt.de](http://www.fdp-hackescher-markt.de)  
[www.fdp-ot.de](http://www.fdp-ot.de)  
[www.fdp-tiergarten.de](http://www.fdp-tiergarten.de)  
[www.fdp-wedding.de](http://www.fdp-wedding.de)

**Bankverbindung**

FDP Mitte  
Konto 653 386 104  
Postbank Berlin  
BLZ 100 100 10

Textbeiträge mit Namenszeichen  
geben die Meinung ihres Autors  
wieder, nicht die der Redaktion.

# liberal central

ausgabe dezember 2010



Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde in Berlin-Mitte,

auch in die Besinnlichkeit der Vorweihnachtszeit dringt sie, die Debatte über Wege zur Revitalisierung des öffentlichen Ansehens der FDP. Der Verlust an Zuspruch hat eine simple Ursache: Zu der Bundestagswahl 2009 sind wir - richtiger Weise - mit dem zentralen Versprechen angetreten, die wichtigen umfassenden und radikalen Strukturvereinfachungs-Reformen in unserer politischen Ökonomie zu verwirklichen. Und mit der Umsetzung dieses Versprechen sind wir bislang gescheitert, weil die anderen bislang ihre - oft erbärmlichen oder gar schändlichen - Ziele strategisch und taktisch klüger vertreten haben. Es ist ein erfreuliches Zeichen einer lebendigen Demokratie, dass wir dafür in Meinungsumfragen die Quittung erhalten. Sinnvoll ist die Debatte, wo sie fokussiert: Mit welchen Schritten kann man erreichen, dass unsere Partei- und Fraktionsführung das Ziel umfassender und radikaler Strukturvereinfachungs-Reformen in unserer politischen Ökonomie künftig strategisch und taktisch so klug vertritt, dass es Verwirklichung findet?

Unser Bezirksverband arbeitet an einer guten liberalen Zukunft, nach unserer erfolgreichen Podiumsdiskussion zur Berliner Wasserversorgung aus unserer Veranstaltungsreihe „Mehr Wettbewerb“ wollen wir bei unserem Kandidaten-Causus am 14.12. zu unseren Listen für die Berlinwahl 2011 vorbildliche Maßstäbe in Transparenz und Seriosität setzen. In eigener Sache kann LC mitteilen, dass die Runde der Ortsverbands-Redakteure wieder komplett ist: Der OV Oranienburger Tor hat Rolf Breitgoff entsandt, welcher zu Ingo Kamps (Gendarmenmarkt), Anno Blissenbach (Hackescher Markt), Katja v. Maur (Tiergarten) und Claudia Bandow (Wedding) stößt.

Mit liberalen Grüßen, Nils Augustin

The FDP are strong defenders of citizens' privacy rights and these views have led the FDP to oppose all of Germany's recent counterterrorism legislative proposals, as well as voice concerns about US-German and US-EU information sharing initiatives.

US Embassy Berlin

# Warum Berlin die Liberalen braucht

von Maren Jasper-Winter

Mit der Ankündigung von Frau Künast für das Amt der Regierenden Bürgermeisterin zu kandidieren, sind die Diskussionen um mögliche Regierungskonstellationen nach der Abgeordnetenhauswahl neu in Gang gekommen. Wie zuverlässig die Grünen in einer Regierung sind, konnten wir vor kurzem in Hamburg beobachten. Aus machtpolitischem Kalkül wurde dort anscheinend die Zusammenarbeit mit der CDU aufgekündigt.



Für uns wird das nächste Jahr eine Herausforderung – zum einen da wir für einen Wiedereinzug in das Landesparlament und die BVV kämpfen müssen und zum anderen sich die Diskussion auf die Frage „Wohin oder Künast“ zuzuspitzen droht. Dabei liegen die inhaltlichen Argumente, warum Berlin die FDP dringend braucht, auf der Hand.

Wir Liberale setzen uns auch im Bereich der Verkehrspolitik für einen klaren ordnungspolitischen Kurs ein. Die (Teil-)Strecken im öffentlichen Nahverkehr, insbesondere der S-Bahn, sollten im Wettbewerb ausgeschrieben werden. Nur so können Leistung und Gegenleistung klar definiert und gewährleistet werden. Angesichts der wiederholten Versäumnisse der S-Bahn, ihre Fahrzeuge für den Winter zu rüsten, ist man fassungslos. Wäre diese Leistung im Wettbewerb ausgeschrieben worden, hätte sich kein Unternehmen, das den Wettbewerb zu klaren Regeln gewonnen hätte, dieses Versäumnis leisten können. Auch im Bereich der Wasserversorgung sagen wir klarer als unsere politischen Mitstreiter: die Teilprivatisierung, die den privaten Anteilseignern eine hohe Gewinnmarge versprochen hat und die nun auf dem Rücken der Verbraucher ausgetragen wird, muss korrigiert werden. Wie andere Leistungen auch sollte die Wasserversorgung zu klaren Regeln ausgeschrieben und vergeben werden.

Gegner dieser Ansicht werfen diesbezüglich ein, dass der Bereich der „Daseinsvorsorge“ in Staatshand gehöre. Aber was ist eigentlich Daseinsvorsorge? Und ist dieser Begriff nicht überholt? Denn Daseinsvorsorge scheint eine Leistung zu sein, die lebensnotwendig ist und für deren Erbringung gesorgt werden muss. Mit diesem Argument müssen dann aber auch Bäckereien – Brot ist schließlich ein lebensnotwendiges Gut – oder Hersteller von Mineralwasser staatlich sein.

Meines Erachtens muss der Staat lediglich dafür sorgen, dass die Leistung erbracht wird; er muss sie nicht selbst erbringen. Genauso bei der Trinkwasserversorgung, die der Staat zu seinen Bedingungen ausschreiben kann. Unter den Bedingungen werden sicher auch Anforderungen an die Qualität und den Preis des Trinkwassers gestellt werden. Die Einhaltung dieser Vorgaben muss staatlich kontrolliert werden. Ich meine sogar, dass die Kontrolle eines privaten Anbieters besser erfolgen kann. Denn wer kontrolliert den staatlichen Anbieter? Der Staat selbst. Im Beispiel der Berliner Wasserbetriebe ist es Wirtschaftsminister Wolf, der sein eigenes Handeln kontrolliert.

Welches sind weitere Themen, für die nur wir Liberale uns einsetzen? Im Gegensatz zu den Grünen setzen wir auch im Bildungsbereich auf Chancengleichheit und zwar auch in Bezug auf die Schulform. Wir sind gegen die Abschaffung bzw. Abwertung der Gymnasien. Auch eine Diskriminierung der unterschiedlichen Schulträger – sei es der Staat oder Private – lehnen wir strikt ab. Auch hier vertrauen wir auf die Kräfte des Wettbewerbs. Im Punkt Ladenschluss stehen wir für eine Abschaffung der Ladenschlusszeiten. Gerade in einer Hauptstadt wie Berlin erscheint die Diskussion um die Sonntagsöffnung der Geschäfte am Hauptbahnhof grotesk. Wir gehen auch in anderen Bereichen diesen Weg: warum dürfen Arztpraxen nicht auch sonntags öffnen? Den Bürgerinnen und Bürgern in unserer Stadt wäre sehr geholfen, am Sonntag nicht gleich in der Rettungsstelle eines Krankenhauses mit langen Wartezeiten gehen zu müssen.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien eine schöne Weihnachtszeit und freue mich, gemeinsam mit Ihnen im kommenden Jahr weiter für mehr liberale Politik in Berlin zu kämpfen.

[Dr. Maren Jasper-Winter \(OV OT\) ist Vorsitzende des FDP-Bezirksverbandes Mitte](#)

## (Vor-)Wahlkampf in der BVV eröffnet

von Erich Schmid

Was man am 18.11. bei der BVV-Sitzung im Neuen Stadthaus erleben durfte, war ein Vorgeschmack auf den kommenden Wahlkampf. Die linksorientierten Parteien werden mit Zähnen und Klauen ihre Lieblingsbetätigungsfelder, die sozialen Projekte, Beratungseinrichtungen und sonstige Volksbespassungs- und Selbstbefassungsorgane verteidigen. Dazu ist ihnen jedes Mittel recht und kein Argument zu billig.



Eine quasi bestellte Anfrage aus SPD-Kreisen zur geplanten Mittelkürzung des Bundes für das Programm „Soziale Stadt“ nutzte Bürgermeister Hanke dazu, den Untergang wichtiger sozialer Projekte und damit den rapiden sozialen Verfall der sog. Problemkieze in Mitte (z. B. Soldiner Kiez, Magdeburgerplatz oder Beusselkiez) zu prophezeien. Den daran Schuldigen benannte er auch: die sozial-kalte und herzlose schwarz-gelbe Bundesregierung.

Für die FDP-Fraktion widersprach Peter Pawlowski dieser Einschätzung und Schuldzuweisung: 1. hätte der Regierende Bürgermeister angekündigt, entstehende Lücken mit Landesmitteln zu füllen, 2. würden die Mittel nicht vollständig gekürzt, sondern lediglich auf investive Maßnahmen beschränkt und 3. seien vor allem Projekte betroffen, deren Nutzen ohnehin wenigstens fragwürdig sei. Unterstützt wurde er von einigen CDU-Verordneten während sich Vertreter der Linken und der Grünen ebenfalls höchst empört über den Beschluss der Bundesregierung zeigten.

Worum ging es bei dem Schaulauf: Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung stellte 2010 den Ländern rund 610 Mio. für die Städtebauförderung zur Verfügung. Etwa 95 Mio. davon kommen dem Teilprogramm „Soziale Stadt“ zu Gute.

Ein Großteil der Mittel für den Bezirk Mitte fließt in soziale Projekte zur Förderung der Stadtteilkultur und der Integration oder dient der Finanzierung des Stadtteilmanagements, bewohnergetragener Projekte bzw. der Nutzung leer stehender Gebäude und Flächen für soziale und kulturelle Zwecke. Diese Bundesmittel für die Städtebauförderung sollen künftig im Rahmen der Haushaltskonsolidierung sinken. Auch 2011 werden insgesamt 455 Mio. nur noch für Investitionsmaßnahmen zur Verfügung stehen. Übrigens: die Hälfte der Projekte „Soziale Stadt“ bezahlt die EU. Die andere Hälfte teilen sich paritätisch Bund, Land und Kommune. Nur der Bundesanteil wird 2011 halbiert. SPD, Grüne, Linke und Teile der CDU beklagen nun ernsthaft, dass - 8% das Ende all dieser Projekte bedeutete und vor allem die Liberalen die Verwahrlosung ganzer Stadtviertel betreiben würden.

Dem ist nicht so! Die knapper werdenden Mittel sollen künftig nur noch für investive Maßnahmen verwendet werden, da diese den größten Nutzen erzielen. Durch sie kann städtische Infrastruktur gezielt gefördert werden, was sowohl kurz als auch mittel- und langfristig die Situation in den Problemkiezen wirklich verbessert. Die meisten sozialen Projekte, angefangen beim Quartiersmanagement über die zahlreichen Beratungsstellen für jede erdenkliche Minderheit bis hin zu den öffentlichen und halb-öffentlichen Einrichtung zur Betreuung Bedürftiger hingegen, verwalten das „Elend“ nur und haben, weil sie sich selbst erhalten wollen, wenig Interesse daran, dass sich an der Situation für Betroffenen etwas ändert. Viele dieser mit viel Steuergeldern finanzierten Maßnahmen existieren seit Jahren wurden aber noch nie auf ihre Effizienz hin überprüft. Stattdessen wird allen Ernstes behauptet, der Aufwand hätte sich schon dann gelohnt, wenn sich Betroffene bei einem Kochkurs wohlfühlten oder 0,5% der Wahlberechtigten an den sog. Quartierswahlen sich beteiligten. Derartige Kritik ist laut Bürgermeister Hanke eine infame Unterstellung und üble Nachrede.

Ganz im Gegenteil: Getroffene Hunde bellen! Es wird Zeit, dass wir anlog zu unserem BA-Beschluss zur Integration all diese Stellen, Projekte und Einrichtungen schonungslos hinterfragen und die festgestellten Defizite nachhaltig kommunizieren.

Erich Schmid, Beisitzer im Vorstand OV Tiergarten

# Frauen in Führungspositionen

von Doris Buchholz

Die Wirtschaft hat längst erkannt: Frauen in Führungspositionen sind ein Gewinn für Unternehmen! Studien belegen: Unternehmen, bei denen Frauen in der Chefetage sitzen, sind effizienter und erwirtschaften mehr Gewinn. Es ist inzwischen Konsens, dass es wichtig ist, mehr Frauen in Führungspositionen zu bringen. Dennoch ist die Bilanz ernüchternd.



In den Chefetagen und in den Aufsichtsräten sind Frauen nach wie vor erheblich unterrepräsentiert. Das war eines der Ergebnisse des Updates des Führungskräfte-Monitors, den das Deutsche Institut für Wirtschaftsförderung (DIW) im Jahr 2010 erstellte. Mit 27 Prozent war der Anteil von Frauen in Führungspositionen in der Privatwirtschaft war im Jahr 2008 genauso hoch wie 2006. Während es Frauen in kleinen und mittelständischen Unternehmen inzwischen häufiger gelingt, Führungspositionen einzunehmen, sind in den Großkonzernen die Posten in den Vorstandsetagen und den Aufsichtsräten fast ausschließlich Männern vorbehalten. In den Vorständen der TOP-100-Unternehmen war der Frauenanteil Ende 2009 unter 1 Prozent gefallen. Auch in den Aufsichtsräten sind Frauen mit einem Anteil von ca. 10 Prozent erheblich unterrepräsentiert.

Obwohl seit Jahren gefordert wird, dass der Frauenanteil in Vorständen und Aufsichtsräten gesteigert werden muss, bewegt sich in Deutschland nichts! Die EU-Kommissarin für Justiz- und Gleichstellungsfragen, Viviane Reding hat deshalb im Gespräch mit Welt-Online kürzlich gefordert: „Wenn bis Ende 2011 nichts geschieht, müssen wir über gesetzliche Quoten nachdenken. Als Zielgröße habe ich dabei einen Frauenanteil von 30 Prozent in den Aufsichtsräten im Auge, der bis 2015 erreicht und bis 2020 auf 40 Prozent erhöht werden soll“.

Norwegen hat den 40 Prozent-Frauenanteil längst erreicht. Dort wurde 2008 eine gesetzliche Quote für Frauen in den Aufsichtsrats- und Vorstandsgremien der börsennotierten Unternehmen vorgeschrieben. Es gibt empfindliche gesetzliche Sanktionen, wenn nicht 40 Prozent der Postionen mit Frauen besetzt sind. Schweden, Finnland und Frankreich sind diesem Beispiel Norwegens inzwischen gefolgt.

Die großen deutschen Wirtschaftsverbände, wie der Bund der Deutschen Industrie (BDI) und der Deutsche Industrie und Handelskammertag (DIHK) lehnen Quoten ab. Es ist schon richtig, dass eine Ursache für das Phänomen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist. Die Unternehmenskulturen vieler Unternehmen sind männlich geprägt. 60 Stunden-Woche oder Arbeitszeiten bis in den späten Abend, sind dann, wenn Kinder zu betreuen sind, in vielen Fällen nicht mehr realisierbar. Karrierekiller Nummer 1 sind deshalb nach wie vor Kinder. Keine Volkswirtschaft kann es sich aber dauerhaft leisten, auf die Potentiale von gut ausgebildeten Frauen zu verzichten und personelle Ressourcen brach liegen zu lassen. Unternehmen sollten deshalb Frauen unterstützen, Kinder und Karriere unter einen Hut zu bringen. Familienfreundlichkeit in Unternehmen wird sich, da bin ich mir sicher, auf Dauer auszahlen. Eine Möglichkeit wäre die Einrichtung von mehr Betriebskindergärten.

Aber das alleine wird nicht dazu führen, dass mehr Frauen in Führungspositionen kommen. Obwohl sich im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf viel getan hat, stagnieren seit Jahren die Zahlen. Die Erfahrung zeigt: eine freiwillige Selbstverpflichtung ist nicht zielführend. Ohne verbindliche Zielvorgaben werden viele gut qualifizierte Frauen gar nicht erst die Chance erhalten, zu zeigen was sie können. Einige Unternehmen haben das Problem erkannt und verbindliche Quoten für Frauen in ihrem Unternehmen eingeführt. Für die Telekom ist die Quote für Frauen in Führungspositionen „eine handfeste Notwendigkeit“ für den Erfolg des Unternehmens.

Nicht nur in der Wirtschaft sind Frauen ein Gewinn. Auch in der Politik ist die Beteiligung von Frauen eine Notwendigkeit für den Erfolg einer Partei. Darüber sollte man sich insbesondere in der FDP Gedanken machen.

[Doris Buchholz \(LV Saarland\) ist Vorsitzende des Bundesverbandes der liberalen Frauen](#)

Zum Thema

## Nachholende Integration muss Teufelskreise durchbrechen

von Alexander Platonov



Integration ist ein Vorgang mit dem Ziel, dass ein Mensch sich in der Mitte der Gesellschaft einfindet und sich produktiv einbringen kann. Paradox: „Integration“ nimmt man dann wahr, wenn sie nicht stattfindet. Tritt das ein, kommt fast immer ein Bouquet an sozialen Problemen hinzu. Ohne Anpassung an die Mehrheitsgesellschaft und ohne berufliche Chancen gleiten Menschen ab und finden anschließend ihre Nische in einer autarken Parallelgesellschaft.

Chancenlosigkeit und Fremdheit werden familiär weitergegeben. Eltern kommen ihrer Erziehungsverantwortung nicht nach und laden sie auf das Schulwesen ab, das dieser Herausforderung aber systembedingt gar nicht gewachsen ist. Ein Ausbruch aus diesem Milieu ist ohne unbeugsamen Aufstiegswillen nicht möglich. Soziale Fürsorge vermag das noch zu zementieren, denn ein kurzfristig denkender Homo oeconomicus wird stets Nutzen maximieren, indem er Aufwand minimiert. Nichts löst es, ad nauseam zu wiederholen, es gäbe genügend Bildungsangebote und man müsse sie nur nutzen. Eine strafende Hand im Alimentierungswesen wird auch nur kleine Korrekturimpulse setzen können und jene nicht erreichen, die nebst Grundsicherung über weitere Geldquellen verfügen.

Die Lösung muss ursächlich sein: Es gilt, herkunftsneutral Menschen aus der Unterschicht herauszuziehen. Wir dürfen nicht länger nachholende Anstrengungen auf Quartiersmanagement und Stadtteilmütter abwälzen. Statt über persönliche Freiheiten von kaum integrierten Individuen zu meditieren, müssen wir die Gesellschaft makroökonomisch betrachten. Wir müssen unsere Werte offensiv durchsetzen und ein noch nicht strafbewehrtes, aber sozial inakzeptables Verhalten deutlich ablehnen. Wir müssen die bürgerliche Leistungs- und Aufstiegsidee wieder in den Köpfen verankern. Wir müssen proaktiv dort beginnen, wo große Breitenwirkung zu erwarten ist: Beim Betreuungs- und Bildungssystem.

Die Lösung muss ursächlich sein: Es gilt, herkunftsneutral Menschen aus der Unterschicht herauszuziehen. Wir dürfen nicht länger nachholende Anstrengungen auf Quartiersmanagement und Stadtteilmütter abwälzen. Statt über persönliche Freiheiten von kaum integrierten Individuen zu meditieren, müssen wir die Gesellschaft makroökonomisch betrachten. Wir müssen unsere Werte offensiv durchsetzen und ein noch nicht strafbewehrtes, aber sozial inakzeptables Verhalten deutlich ablehnen. Wir müssen die bürgerliche Leistungs- und Aufstiegsidee wieder in den Köpfen verankern. Wir müssen proaktiv dort beginnen, wo große Breitenwirkung zu erwarten ist: Beim Betreuungs- und Bildungssystem.

Alexander Platonov (OV Gendarmenmarkt)

Zum Thema

## Die neue Lust am Protest

von Jörg Kleis



Stuttgart 21, BBI, Elbvertiefung oder Olympia 2018. Die Bürger machen mobil. Ihre Proteste rütteln am Selbstverständnis von Politik und Behörden. Denn schließlich haben diese das Mandat für die Planungen. Die Wirtschaft muss wachsen, der Verkehr muss fließen. Investoren dürfen nicht verunsichert werden. Aber irgendwann, so die Befürchtung, sind Großprojekte gar nicht mehr durchsetzbar.

Wenn Bürger heute auf die Straße gehen, tun sie das, weil sie daran zweifeln, dass Politiker noch frei und stark genug sind, auf sie zu hören. Sie entdecken eine neue Lust, die Sache in die eigenen Hände zu nehmen. Gerade in Stuttgart wird deutlich, dass eine politische Legitimation durch vorangegangene Wahlen nicht reicht. Das ist eine völlig neue Situation, die für die Väter und Mütter des Grundgesetzes nicht absehbar war. Es ist in diesem Zusammenhang unerheblich, wie man zu den besagten Projekten steht.

Fakt ist, wir befinden uns in einer Phase, in der Rechtsstaat gegen Demokratie gehandelt wird. Diese beiden Pfeiler des Staates müssen neu austariert werden. Die FDP wird sich in ihrem neuen Grundsatzprogramm daher mit der Frage auseinandersetzen müssen, ob die üblichen Planungsverfahren mit den darin vorgesehenen Beteiligungsmöglichkeiten für die Bürger noch zukunftsfähig sind. Hierzu sind die Ansätze der FDP zu direkter Demokratie zu oberflächlich, zu undifferenziert. Wie kann eine angemessene Bürgerbeteiligung in einer transparenten, ergebnisoffenen Planungsphase aussehen? Wie kann ein rechtsstaatliches und demokratisches Verfahren entwickelt werden, das tatsächlich das Gemeinwohl ins Zentrum rückt?

Es kann der Beginn einer neuen Art Demokratie werden. Kluge Debatten und Beiträge aus unseren Reihen habe ich zu diesem Thema kaum vernommen. Wir können uns dieser unumkehrbaren gesellschaftlichen Entwicklung aber nicht entziehen, sondern müssen uns ihr stellen.

Jörg Kleis ist Schatzmeister des OV Gendarmenmarkt

Aus dem Abgeordnetenhaus

## Grünes Planungschaos

von Sebastian Czaja



Planungschaos und Verschwendung von Steuermitteln bleiben das Markenzeichen grüner Finanzpolitik. Eines der beeindruckendsten Beispiele findet sich im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg. Seit 1990 hat das grün regierte Bezirksamt

Kreuzberg das Gebäude Reichenberger Str. 63a (bestehend aus Vorder-, Seiten- und Hinterhaus) angemietet. Ziel war die Schaffung von Ausweichwohnungen für sanierungsbedingte Bürger der Umgebung. Die Wohnungen sollten damals als kostengünstiger Wohnraum für die Dauer der Sanierungsarbeiten zur Verfügung stehen. Um dennoch angeblichen Leerstand zu vermeiden wurde das gesamte Hinterhaus einer Besetzergruppe zugesprochen.

Zu Beginn des Mietverhältnisses betrug die für das Bezirksamt zu zahlende Bruttojahresmiete umgerechnet rund 109.000 Euro. Zur Weitervermietung wurden jedoch nur Mietverträge über insgesamt 80.000 Euro abgeschlossen. Da auf die Weitergabe der Mietanpassungen seitens des Bezirksamtes verzichtet wurde, beträgt heute die vom Steuerzahler zu übernehmende Jahresdifferenz stolze 42.000 Euro. Der Gesamtschaden für die öffentliche Hand? Über 300.000 Euro allein für die vergangenen acht Jahre. Aufgelaufene Mietschulden im sechsstelligen Bereich exklusive. Aufgrund der Dauer des Mietvertrages wird im Jahr 2020 ein Schaden von weit über einer Million Euro aufgelaufen sein. Die Instandsetzungs- und Renovierungsarbeiten für das bis dato verwohnte Haus gilt es extra zu berechnen.

In Anbetracht dessen, dass der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg aufgrund der desolaten Haushaltslage unter Zwangsverwaltung steht, „Armenhaus der Stadt“ genannt wird und am häufigsten um Haushaltszuschüsse bittet, ist diese Art der freimütigen Mittelverschwendung ein Skandal. In zwanzig Jahren hat es das grüne Bezirksamt nicht geschafft, diese Form der Mittelverschwendung zu beenden. Darüber hinaus hat es der rot-rote Senat offensichtlich nicht mehr nötig, seine Rechtsauskünfte einer Realitätsprüfung zu unterziehen. Der Steuerzahler, der auch Wähler ist, dürfte dies mit Interesse zur Kenntnis nehmen.

Sebastian Czaja (BV Marzahn-Hellersdorf) ist stellv. Vorsitzender der FDP-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin

Aus der Landespartei

## Mit inhaltlicher Stärke ins Wahljahr

von Henner Schmidt



Um die Berliner FDP im laufenden Wahlkampf mit ihren soliden Inhalten gut zu positionieren, wurden in letzter Zeit mehrere wichtige Positionsbestimmungen dem Landesausschuss zur Diskussion vorgelegt und von ihm weiterentwickelt (z.B. zu den Themen Integration, Abbau von Belastungen von Immobilienbesitzern/ Mietern, Gesundheitswirtschaft). Andere Parteien lassen in dieser wichtigen Phase ihre Positionspapiere nur durch den Landesvorstand beschließen, in der FDP sollen dagegen die Gremien diskutieren und mitbestimmen. Angesichts der erheblichen Dynamik, die die inhaltliche Positionierung der anderen Parteien in den Medien bereits bekommen hat, können wir aber mit den Beschlüssen nicht auf den nächsten Landesparteitag im April warten. Die Präsentation der beschlossenen Konzepte ist schon jetzt ein wichtiger Faktor, um die FDP als diejenige Alternative vorzustellen, die durchdachte Konzepte für eine bessere Regierung Berlins in allen wichtigen Bereichen vorlegt. Wir sind mit unseren Vorschlägen deutlich klarer und konkreter als die Mitbewerber, das ist ein Vorteil, auf dem wir aufbauen können. Das Medienecho zum letzten öffentlichen Landesausschuss bestärkt uns in diesem Vorgehen.

Im Januar wird der Entwurf des Landeswahlprogramms allen Gliederungen zur Verfügung gestellt, um dort intensiv diskutiert und weiterentwickelt zu werden. Wesentliche Eckpunkte zu den Themen Wirtschaft, Bildung, Inneres und Soziales sind bereits erstellt worden und werden nun durch die Wahlprogrammkommission zu einem umfassenden Entwurf für den Landesparteitag Anfang April ausgearbeitet. Für die kommenden Feiertage wünsche ich Ihnen alles Gute, erholsame und friedliche Tage und einen guten Start in das neue Jahr. 2011 geht es darum, dass unsere Stadt endlich wieder gut regiert wird. Wir können alle gemeinsam viel dazu beitragen, dass es eine starke liberale Stimme im Abgeordnetenhaus und möglichst auch im Senat geben wird.

Henner Schmidt MdA (OV Gendarmenmarkt) vertritt den Bezirk Mitte im Abgeordnetenhaus von Berlin und ist Beisitzer im FDP-Landesvorstand

Aus der BVV-Fraktion

## Berlin-Mitte – Bund und zurück

von Frauke Sander, Bezirksverordnete der FDP

Die letzte Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung hat schon einen Vorgeschmack auf den bevorstehenden Wahlkampf gegeben. Eine Dringlichkeitsanfrage der SPD wollte von ihrem eigenen Bürgermeister wissen, inwieweit sich die Kürzungen der Bundesregierung für Städtebaufördermittel auf den Bezirk Mitte auswirken. Der Bezirksbürgermeister, Dr. Christian Hanke, nahm die Anfrage seiner Parteifreunde zum Anlass, einen kleinen Ausflug von der Kommunalpolitik in die große Bundespolitik zu unternehmen. Als Gegner ausgemacht hatte sich der Bezirksbürgermeister dabei die FDP. Richtig ist, die FDP steht für Haushaltsdisziplin und generationengerechte Finanzpolitik im Bund, im Land und auch hier in Berlin-Mitte. Richtig ist, dass sich die Maßnahmen für den Wohnungsbau nicht gekürzt wurden, sondern die FDP Maßnahmenswerpunkte anders setzt. Die Diskussion entwickelte sich dann einmal mehr um die Kontroverse Finanzierung und Mittelvergabe des Quartiersmanagement und die Frage, inwieweit finanzielle Anreize für nachbarliches Engagement erforderlich sind.

Nachdem auch langsam bei den Genossen die Erkenntnis eintrat, dass wir uns nicht in der Generaldebatte zum Bundeshaushalt befanden, traten wir in die Antragsberatungen ein. Passend zum vorherigen Schlagabtausch konnten wir dem Bezirksbürgermeister auch zur Eigenverantwortung und Initiative ermahnen, die Finanzen des Bezirkes selber zu verbessern. Nämlich mit einem Antrag der gewährleisten soll, dass der Bezirk ein einheitliches Mahn- und Rechnungswesen praktiziert und seine offenen Forderungen durchsetzt. Mit den Stimmen von FDP, CDU, Grüne und Linke und gegen die Stimmen der SPD, ist unser Initiative mit großer Mehrheit angenommen worden. Ebenfalls angenommen wurde unser Antrag, Zuwendungsempfängern einheitliche Richtlinien für Verwendungsnachweise zu geben und im Gegenzug zu prüfen, ob Streichungen von Zuwendungen an Einrichtungen möglich sind, sofern diese ihrer Nachweispflicht nicht nachkommen.

Des Weiteren wurde unser Antrag angenommen, die Bepflanzung der Birkenstraße mit Bäumen zu erweitern, um der Straße wieder einen Alleecharakter zu verleihen.

Wir sind ansprechbar über das Fraktionsbüro der FDP in der BVV Mitte, Neues Stadthaus, Raum 230, Parochialstr. 1–3, 10179 Berlin, Tel. 9018 24 365, Fax 9018 24 363; Bürozeiten: Montag 12:00 bis 20:00, Dienstag 10:00 bis 16:00, Donnerstag 12:00 bis 18:00  
[www.fdp-fraktion-mitte.de](http://www.fdp-fraktion-mitte.de)

OV Gendarmenmarkt

## Viel Glück und alles Gute

von Ingo Kamps, Redakteur des OV

Der letzte OV-Bericht des Jahres 2010 bildet den passenden Rahmen, unserem geschätzten OV-Mitglied Frau Venus zu ihrem 70. Geburtstag viel Glück und alles Gute zu wünschen. Mit dieser schönen Nachricht verabschiedet sich der OV Gendarmenmarkt aus einem spannenden, oft turbulenten, aber immer liberalen Jahr 2010. Unser eigener Jahresabschluss steht ja noch bevor, denn wir werden am 16.12. unsere Weihnachtsfeier mit Gans, Klößen und einem leckeren Glas Rotwein abhalten. Wir wünschen allen Mitgliedern ein fröhliches Weihnachtsfest und einen guten Start in die nächste Dekade. Kurz vor Toreschluss wurde noch das Datum unserer Jahreshauptversammlung „geleaked“. Aus gut informierter Quelle konnten wir erfahren, dass diese am 14. Januar 2011 stattfindet. Die Einladungen werden rechtzeitig per Post zugestellt.

OV Hackescher Markt

## Die Rolle des Iran

von Burkhard Grell, Vorsitzender des OV

Die Ortsverbände Wedding und Hackescher Markt hatten aus aktuellem Anlass gemeinsam eine Veranstaltung mit dem außenpolitischen Sprecher der FDP-Fraktion, Herrn Stinner und Saba Farzan (OV Wedding) zum Thema „Die Rolle des Irans im Mittleren Osten“ angesetzt. Herr Stinner musste leider kurzfristig absagen. Eingesprungen ist Herr Dr. Posch, der Iran-Spezialist der Stiftung Wissenschaft und Politik (Think Tank der Bundesregierung). Wenn es Herrn Dr. Posch gegenüber Herrn Stinner auch an politischer Prominenz fehlte, so waren seine Einlassungen nicht nur in seinen großen Linien überzeugend, sondern auch von einem stupenden Detailwissen. Saba hat die Diskussion durch ihre dezidierte Position zum Regime im Iran angeregt und dadurch entscheidend mit zu einer lebhaften Diskussion beigetragen. Kenntnissreich und mit viel Charme wurde die Veranstaltung von Thilo Maluch (OV Hackescher Markt) moderiert, der die Veranstaltung auch organisiert hatte.



OV Tiergarten

## Bürgersprechstunde - Ein neues Format mit Potenzial

von Jenny Langner

Die Entwicklung und Erprobung innovativer Kommunikationskonzepte ist für die Zukunftsfähigkeit unseres Verbandes von enormer Bedeutung. Deswegen trafen sich Mitglieder und Interessenten der FDP Anfang November zur 1. Bürgersprechstunde des Ortsverbandes Tiergarten. Als Referenten konnten Dr. Martin Lindner (MdB), Henner Schmidt (MdA) und Piotr Pawlowski (BVV Mitte) gewonnen werden. Mit kurzen Eingangsstatements vermittelten sie anschaulich den hierarchischen Aufbau der Berliner Politiklandschaft sowie unsere Positionen zu zahlreichen Themen. Die Bürger zeigten sich in der Diskussion sehr interessiert an unserem politischen Engagement und waren erfreut, eigene Probleme direkt an die FDP-Amtsinhaber der jeweils zuständigen politischen Ebene herantragen zu können. Aus organisatorischer Sicht war die Veranstaltung ein Erfolg, dem weitere Projekte im selben Format folgen sollen.

Im Wahlkampfjahr 2011 bieten Bürgersprechstunden die Möglichkeit direkt mit der Zielgruppe unter den Bürgern zu diskutieren, die Einladungen zum Dialog mit den Liberalen gern annehmen.

OV Wedding

## Der Wedding auf Integrationskurs

von Bettina v. Seyfried, Vorsitzende des OV

Ein größer werdender Kreis von Aktiven des OV Wedding sind in die Planungen zum nächsten Wahlkampf eingestiegen. Mit viel Phantasie und Schwung gehen die jungen und schon etwas reiferen Mitglieder ans Werk. Das Thema Integration soll im OV eine noch größere Aufmerksamkeit erhalten.

Leider verläßt uns unser Stellvertretendes Vorstandsmitglied Dr. Rainer Atzbach, da er nach seiner Zeit im Historischen Museum nun eine wissenschaftliche Aufgabe mit sehr guten Zukunftsaussichten in Dänemark gefunden hat. Er will uns dennoch treu bleiben, und ich hoffe darauf, dass neben Mitgliedern in Irland und Österreich nun auch eines aus Dänemark online dabei sein wird.

Bezirksverband

## Mitte hilft beim Wahlkampf

von Erwin Loßmann

In den ersten drei Monaten des in wenigen Wochen beginnenden Jahres 2011 stehen für die bundesweite Zukunft der F.D.P wichtige Landtagswahlen an. Besondere Beachtung in der Öffentlichkeit fand bisher nur die Landtagswahl am 27. März in Baden-Württemberg, die Landtagswahl am 20. März in Sachsen-Anhalt wurde kaum zur Kenntnis genommen. Wir wissen aber, wie wichtig in der öffentlichen Wahrnehmung ein positives Ergebnis bei einer anderen Landtagswahl so kurz vor einer für die ganze Republik so wichtigen Wahl im Südwesten Deutschlands ist. Nun ist noch die Bürgerschaftswahl in Hamburg am 20. Februar auf die politische Tagesordnung gesetzt worden. Alle diese Wahlen haben natürlich auch Auswirkungen auf unsere Wahl zum Abgeordnetenhaus im September.

Der Ortsverband Wedding hat mit Freunden aus der ganzen Stadt an den zwei letzten Wahlkämpfen in Magdeburg teilgenommen und war auch mit einigen Parteifreunden zur Wahlkampfunterstützung vor ca. drei Jahren in Hamburg, sehr zur Freude unserer Freunde in Magdeburg und Hamburg. Nach Rücksprache mit der parlamentarischen Geschäftsführerin im Landtag von Magdeburg, Frau Dr. Hüskens, sind wir auch im kommenden Wahlkampf gern gesehene Unterstützer.

Folgende Termine stehen für uns zur Wahl:  
05. März, 12. März und 19. März.

Über eine Wahlkampfunterstützung in Hamburg würde sich der Bezirks- und Fraktionsvorsitzende von Altona, Lorenz Flemming, ebenfalls sehr freuen.

Terminvorschlag aus Hamburg ist der 5. Februar.

Fahrtkosten nach Magdeburg per Bahn ca. 8 Euro pro Person, nach Hamburg ca. 35 - 50 Euro pro Person.

Unser Parteifreund Volker Imhoff hat sich bereit erklärt die Organisation für unseren Einsatz in Hamburg und Magdeburg zu übernehmen.

Anmeldungen also bitte ab sofort per e-Mail an FDP@Volker-Imhoff.de oder per Telefon 44.67.38.31 oder Handy 0163.309.05.61. Genaue Informationen erhalten Sie dann rechtzeitig.

Unsere Bezirksvorsitzende, Dr. Maren Jasper, und unser Abgeordneter Henner Schmidt unterstützen voll diesen Appell zum Wahlkampfeinsatz. Machen auch Sie mit!

## Personalien

(au) Zur Podiumsdiskussion zu der Berliner Wasserversorgung aus unserer Veranstaltungsreihe „Mehr Wettbewerb“ des BV Mitte konnte unsere Bezirksvorsitzende **Maren Jasper-Winter** (OT) die Interessierten und Journalisten zunächst mit einem fundierten Grußwort des Landes- und Fraktionsvorsitzenden der Berliner FDP, **Christoph Meyer** MdA (Charlottenburg-Wilmersdorf), erfreuen, bevor auf dem Podium Professor **Hans-Peter Schwintowski**, unser Abgeordneter **Henner Schmidt** MdA (Gendarmenmarkt), **Thomas Rudek** vom Volksbegehren „Unser Wasser“ und **Matthias Kolbeck**, Unternehmenssprecher von Veolia, unter gewohnt vortrefflicher Moderation von **Marcus Pindur** (Tiergarten) darüber diskutierten, welcher Weg uns aus der Misere einer rot-rot verkorksten „Privatisierung“ ohne Wettbewerb führen kann. Die kenntnisreich geführte Diskussion war erhellend und das Buffett lecker.

(au) Die Saison der Weihnachtsfeiern hat begonnen. In Mitte eröffnete der OV Hackescher Markt, der lud zu „weihnachtlicher Mitgliederversammlung“ lud, auf welcher der Ortsvorsitzende **Burkhard Grell** als Gast den Menschenrechtsbeauftragten der Bundesregierung, **Markus Löning** (Steglitz-Zehlendorf), begrüßen konnte. Neben Lönings spannenden Berichten stellte das von **Agnes Ciuperca** bereite Backwerk einen Höhepunkt des Abends dar. Es folgte die Weihnachtsfeier des OV Wedding, dessen Vorsitzende **Bettina v. Seyfried** nach dem Mahl eine Lesung des Schriftstellers **Haralampi Oroschakoff** aus seinem aktuellen Werk „Die Battenberg-Affaire“ präsentierte; aus dem Bezirksverband waren **Henner Schmidt** MdA (Gendarmenmarkt), Bezirksvorständler **Nils Augustin** (Hackescher Markt) gekommen.

(au) Das Bundeskabinettt hat die Strukturreform in der Entwicklungszusammenarbeit verabschiedet. In Zukunft wird es nur noch eine einzige schlagkräftige Organisation geben: Die Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ). Damit verwirklicht Entwicklungsminister **Dirk Niebel** (Baden-Württemberg) ein lange überfälliges Effizienzprojekt, an welches sich seine Amtsvorgänger nicht herangetraut hatten oder an ihm gescheitert waren. In der Leitungsebene des Hauses, welches mit seiner erfolgreichen Umsetzung einer tiefgreifenden Effizienzreform anderen Bundesministerien zum Vorbilde gereichen kann, ist die Mitgliedschaft des BV Mitte zahlreich vertreten, zuvörderst mit Staatssekretär **Hans-Jürgen Beerfeltz** und der Stellv. Leiterin des Parlaments- und Kabinettsreferats, **Katharina Peter** (beide Hackescher Markt).

(au) Zweimal war ein Ortsverbandsvorsitz im Bezirk Steglitz-Zehlendorf 2010 durch Abgang des Amtsinhabers frei geworden, zweimal haben die betreffenden Ortsverbände das vakante Amt schnell nachbesetzt: Vorsitzender des OV Zehlendorf ist seit einigen Wochen **Kay Ehrhardt**, welcher der liberalen Sache trotz seines – nach den im Berliner Südwesten geltenden Maßstäben – blutjungen Alters schon in zahlreichen Funktionen diente, aktuell als Verordneter in der BVV Steglitz-Zehlendorf und als Vorsitzender des Landesfachausschusses Internationale Politik. Der neue Vorsitzende legte das Augenmerk auf die Berlinwahl 2011: „Wir werden einen kraftvollen und überzeugenden Wahlkampf führen.“ Bereits im Sommer hatte der OV Zehlendorf-Wildwest nachgewählt, wo seither **Klaus Peter v. Lüdecke** MdA sitzt. Lüdecke, aktuell stellvertretender Vorsitzender der FDP-Fraktion im AGH, blickt auf eine lange Geschichte verbandlicher Ehrenämter zurück, so hatte er etwa als stellvertretender FDP-Landesvorsitzender und langjährig als Vorsitzender des BV Steglitz-Zehlendorf gedient. Die aktuelle Bezirksverbandsvorsitzende und Landesvorstandsmitglied **Mathia Specht-Happel**, welche sich im engagierten Navigieren ihres Bezirksverbandes durch das schwierige Jahr 2010 ausgezeichnet hat, konnte auf dessen gediegener Weihnachtsfeier nicht nur die Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion **Birgit Homburger** MdB (Baden-Württemberg) als Ehrengast begrüßen, sondern auch eine zuversichtlich nach vorne blickende Mitgliedschaft. Dem OV Dahlem sitzt **Bernd Busse** vor, dem OV Lichterfelde-Lankwitz **Gudrun Grimpe-Christen** und dem OV Steglitz unser Landesvorstandsmitglied **Thomas Seerig**, der auch den Landesfachausschuss Soziales, Familie, Jugend und den Landesarbeitskreis Grundsatz- und Perspektivfragen leitet.

(au) Liberale Zivilcourage: **David Issmer** (Gendarmenmarkt), Vorsitzender der Berliner Jungen Liberalen und stellv. Vorsitzender unseres BV Mitte, erwischte kürzlich zwei Auto-Aufbrecher beim Einschlagen einer Seitenscheibe auf frischer Tat. Während der Verfolgung durch einen Park alamierte er per Handy die Polizei, welche auch schnell zur Stelle war und einen der Täter ergreifen konnte. Das entwendete Navigationssystem konnte schnell wieder seinem rechtmäßigen Besitzer zurückgegeben werden.

*Aus der „taz“ zu einer Diskussion über Klimaschutz im Abgeordnetenhaus von Berlin am 09.12.2010: „Und da ist die FDP, deren umweltpolitischer Sprecher **Henner Schmidt** den wahrsten Satz des Abends sagte: ‚Dass jede Senatsverwaltung den Klimaschutz als Chefsache sieht, heißt, dass sich keiner richtig darum kümmert.‘“*

## Leserbriefe

Alina Kazemzadeh

Lieber Nils, da die Liberal Central des Öfteren Iran-Themen veröffentlicht, dachte ich, dass die folgende Thematik interessant sein könnte: Im August 2010 wurde die ehemalige Führungsspitze der Bahá'í im Iran zu je zehn Jahren Haft verurteilt. Die bisher erfolglos gebliebenen Bemühungen der Anwälte der sieben unschuldig verurteilten Bahá'í, auf dem Weg der Berufung dieses ungerechtfertigte Urteil aufzuheben, des Weiteren die katastrophalen Haftbedingungen im Gohardasht-Gefängnis in Karaj, haben die Internationale Bahá'í-Gemeinde nunmehr zu einem offenen Brief an den Leiter der iranischen Justiz, Ayatollah Mohammed Sadegh Laridschani, veranlasst. Darin fordern sie die sofortige Freilassung der Bahá'í. Die Bahá'í stellen fest, dass der Iran weltweit Religionsfreiheit für Muslime einfordert, während er den Bahá'í jegliche Religionsfreiheit und Bürgerrechte verweigert. Es besteht jetzt keinen Zweifel mehr, dass die Bahá'í nur noch wegen ihrer Religionszugehörigkeit verfolgt werden, wie der Verlauf der Berufung im Falle der sieben Bahá'í zeigte, bei der alle anderen Anklagepunkte wie regimefeindliche Tätigkeiten und Spionage sich als völlig unhaltbar erwiesen. Es verblieb nur noch der Vorwurf, dass die zwei Frauen und fünf Männer die Belange der iranischen Bahá'í-Gemeinde geführt haben - obwohl diese informelle Leitung der iranischen Regierung seit über 20 Jahren wohlbekannt war, nachdem die offiziell demokratisch gewählte Führung 1983 verboten wurde. Das Thema der Religionsfreiheit bleibt aktuell, wie die anstehende Beratung des Deutschen Bundestages über verschiedene Anträge über das Menschenrecht auf Religionsfreiheit am kommenden Freitag, 17. Dezember 2010 zeigt. Eine deutsche Übersetzung des offenen Briefes an Ayatollah Mohammed Sadegh Laridschani kann man hier finden:  
<http://tinyurl.com/3x6yeob>

Wir freuen uns über Post.

Bitte senden Sie Ihren Leserbrief an  
[redaktion@liberal-central.de](mailto:redaktion@liberal-central.de)

Wir behalten uns vor, Leserbriefe nicht zu  
veröffentlichen oder zu kürzen.

Schlusswort

## PID - Unbeschwerter Kinderwunsch für alle

von Claudia Bandow



Alle Bürger unseres Landes sollten ein Recht darauf haben, bei schweren in der Familie seit Generationen bekannten Erbkrankheiten die Präimplantationsdiagnostik (PID) anwenden zu dürfen.

Wie kann man das Wort christlich verwenden, wenn ein krankes Kind ganze Familien zerrüttet und damit Unheil auch für gesunde Geschwister mit sich bringen kann.

Seit vielen Jahren wird diese Art der Voruntersuchung in Israel legal angewandt und vermögende Partner aus der ganzen Welt nutzen diese Möglichkeit gesunde Kinder zu bekommen.

Warum ist das in Deutschland mal wieder nicht möglich? In der ganzen Welt sollten doch die selben Rechte für alle gelten.

Wenn wir einen Blick auf unser marodes Gesundheitssystem werfen, wäre es dann nicht intelligenter schwere Krankheiten im Vorfeld schon verhüten zu können?

Möchte nicht jede Partnerschaft gesunde Kinder hervorbringen, auch die, die erblich vorbelastet sind?

In diesem Zusammenhang möchte ich auf die psychischen Erkrankungen hinweisen, die immer eine Generation übergreifend gegensätzlich zum Geschlecht des zuletzt Erkrankten wieder hervortreten können. Diese Erkrankungen sind eben nicht auf den üblichen Wegen festzustellen und hat mit Sicherheit vielen Betroffenen in unserem Land die Entscheidung schwer gemacht, sich dieser Gefahr auszusetzen.

Deshalb gibt es für mich nur ein klares JA zur Einführung dieses Gesetzes. Familienministerin Kristina Schröder und unsere Bundeskanzlerin haben dazu durchaus kontroverse Meinungen, so dass man erkennen kann, dass eine neue Aufbruchstimmung in der CDU entsteht.

[Claudia Bandow ist Redakteurin des OV Wedding bei LC](#)

## Termine

### Dezember 2010

- 14.12. 19.30 h BV Mitte: **Kandidaten-Caucus** mit allen an einer Kandidatur auf den Listen der FDP Mitte zur Berlinwahl 2011 Interessierten – im Neuen Stadthaus (Parochialstr. 1-3), Otto-Suhr-Saal
- 15.12. 20.00 h OV Oranienburger Tor: **Weihnachtsfeier** in der Muschi-Obermaier-Bar (Torstr. 151)
- 16.12. 19.00 h OV Gendarmenmarkt: **Weihnachtsfeier** im Courtyard Marriot Berlin Mitte, Restaurant Oleo Pazzo (Axel-Springer-Str. 55)

### Januar 2011

- 03.01. 20.00 h OV Hackescher Markt: **Neujahrs-Mitgliederversammlung** im Simon (Auguststr. 53)
- 11.01. 20.00 h JuLis Mitte: **Mitgliederversammlung** – mit Vorstellung der Kandidaten für den künftigen Vorstand – im Café Re (Märkisches Ufer 22)
- 12.01. 19.30 h OV Tiergarten: **Vorstand u.a.** – Info [www.fdp-tiergarten.de](http://www.fdp-tiergarten.de)
- 14.01. 19.00 h OV Wedding: **Jahreshauptversammlung** im Centre Francais (Müllerstr. 74)
- 14.01. 20.00 h OV Gendarmenmarkt: **Jahreshauptversammlung** – Info [www.fdp-gendarmenmarkt.de](http://www.fdp-gendarmenmarkt.de)
- 15.01. 10.00 h JuLis Berlin: **Landeskongress** – mit Neuwahl des Vorstandes und Antragsberatung – Info [www.julis-berlin.de](http://www.julis-berlin.de)
- 26.01. 20.00 h OV Gendarmenmarkt: **Liberaler Stammtisch** – Info [www.fdp-gendarmenmarkt.de](http://www.fdp-gendarmenmarkt.de)
- 30.01. 11.30 h OV Tiergarten: **Neujahrsempfang** – Info [www.fdp-tiergarten.de](http://www.fdp-tiergarten.de)

Liberal Central erscheint monatlich außer August. Redaktionsschluss ist der erste Tag jedes Monats. LC wird um den fünften Tag des Monats als Datei auf der Webseite [www.liberal-central.de](http://www.liberal-central.de) eingestellt und als e-mail versendet. Print-Ausgaben werden um den zehnten Tag des Monats verschickt.

Weitere Hinweise, alle früheren Ausgaben und mehr finden Sie unter [www.liberal-central.de](http://www.liberal-central.de). Den Chefredakteur und alle OV-Redakteure erreichen Sie unter [redaktion@liberal-central.de](mailto:redaktion@liberal-central.de).